

An die
Mitglieder des
Ausschusses für Europafragen und Eine Welt

**Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach § 76 Abs. 2
GOLT**

Die Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben mit Schreiben vom 21. November 2013 beantragt, folgenden Punkt gemäß § 76 Abs. 2 GOLT auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen:

„Berücksichtigung von ILO-Normen bei öffentlicher Auftragsvergabe“.

Begründung:

Von den in der Entwicklungszusammenarbeit Engagierten wird gefordert, die ILO-Kernarbeitsnormen verbindlich in das Vergaberecht aufzunehmen und ihre Einhaltung über die gesamte Produktionskette zu überprüfen. Dieses Anliegen wird von der Landespolitik grundsätzlich geteilt.

Bereits heute gibt es Vorgaben des Landtags, soziale Aspekte beim Einkauf zu berücksichtigen; durch den Beschluss zur Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit aus dem Jahr 2009 und durch das Landestariftreuegesetz, das es den öffentlichen Auftraggebern ermöglicht, bei Ausschreibungen die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen einzufordern.

Die Landesregierung wird zum aktuellen Stand um Berichterstattung gebeten.